WAHLPROGRAMM 2009

Wann, wenn nicht jetzt?

ZEIT FÜR VERÄNDERUNG.

ZEIT FÜR GRÜN.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

GRUENE-BIELEFELD.DE

Herausgeberin:
Bündnis 90/Die GRÜNEN, Kavalleriestraße 26, 33602 Bielefeld
Telefon (05 21) 17 97 67, Fax 17 59 44, info@gruene-bielefeld.de, gruene-bielefeld.de
Redaktion: Claudia Heidsiek, Dr. Inge Schulze, Marianne Weiß, Matthi Bolte und Klaus Rees.
Gestaltung: KunstSinn (UG), Bielefeld. Druck: Kirchner Print.Media, Kirchlengern

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

ES IST ZEIT FÜR GRÜN

Programm der Bielefelder GRÜNEN
zur Kommunalwahl 2009

Grünes Kommunalwahlprogramm 2009

Auch in Bielefeld: Zeit für GRÜN 3

Klima- und Ressourcenschutz voranbringen 6

Lebensqualität verbessern 10

Stadtentwicklung im Zeichen des demografischen Wandels 16

Kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik gestalten 20

Solidarität und soziale Gerechtigkeit 23

Gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen ermöglichen 26

Zukunft durch Bildung 33

Mehr Transparenz und BürgerInnenbeteiligung 38

Bielefeld: Es ist Zeit für GRÜN!

Bielefeld ist eine Großstadt in einer globalisierten Welt. Das bietet viele Chancen, wir Bielefelderinnen und Bielefelder machen Erfahrungen mit anderen Kulturen, Menschen mit verschiedenen Hintergründen bereichern unsere Stadt, Innovation und Erfolg wirken über Grenzen.
Andererseits werden wir auch mit globalen Problemen konfrontiert. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hinterlässt ihre Spuren auch in unserer Stadt. Viele Menschen fürchten sich vor sozialem und wirtschaftlichem Abstieg und trauen der Politik nicht zu, die anstehenden Probleme zu lösen.
Der Klimawandel hat sich weiter beschleunigt – trotz wohlklingender Bekundungen und hochtrabender Programme vergeuden wir nach wie vor Energie. Wir können den CO_2-Ausstoß noch sehr viel mehr senken, als wir es derzeit tun. Auch in anderen Politikfeldern geschieht nichts Grundsätzliches: Noch immer wartet unser Bildungssystem auf die längst überfälligen Veränderungen hin zu mehr Chancengerechtigkeit, die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander.
Das Jahr 2009 bietet Chancen für die Stärkung einer anderen, ökologischen, nachhaltigen und sozialen Politik. Mit Europa-, Kommunal- und der Bundestagswahl im Herbst (und der Landtagswahl 2010) sorgen wir auf allen Ebenen für die notwendigen Weichenstellungen.

Wie viele andere Kommunen muss sich auch Bielefeld mit großen Herausforderungen auseinandersetzen. Beispiele sind die unbefriedigende Finanzlage, die Perspektiven des demographischen Wandels, unser Beitrag zum Klimaschutz, ein ungerechtes Bildungssystem, die notwendige Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und der erhebliche Flächenverbrauch.

Veränderungen sind notwendig und möglich. Dazu braucht es aber Mut, Konsequenz, die richtigen Konzepte und die Mitwirkung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger. Mit unserem Programm bieten wir grüne Visionen an: Für ein zukunftsfähiges Bielefeld, das sozialer, ökologischer und demokratischer wird.

Für dieses grünere Bielefeld werben wir um politische Mehrheiten. Für uns steht fest: eine Gestaltungsmehrheit ohne uns soll und darf es nicht geben.

Denn es ist Zeit für Grün.

Es gibt viel zu tun!

- Der Wechsel zu einer klimafreundlichen Verkehrspolitik ist notwendig. Er scheitert aber nach wie vor an der großen Koalition aus CDU und SPD. Der verfehlte Umbau der Detmolder Straße zeigt dies deutlich.
- Der Flächenverbrauch für immer neue Wohn- und Gewerbegebiete auf der „Grünen Wiese“ geht nahezu ungebrochen weiter.
- Die große Koalition im Stadtrat setzt weiter auf Projekte wie die Stadthallenerweiterung, die kommende Haushalte auf Dauer belasten wird. Wir wollen in Bildung und Umwelt und Klimaschutz investieren.
- Wir benötigen dringend eine Lösung für die innerstädtischen Sorgenkinder Kesselbrink, Neumarkt und den Jahnplatz.
- Die Johannisbachaue muss unter Naturschutz gestellt werden. Stattdessen träumen CDU, BfB und FDP von einem unsinnigen Untersee, der diese einzigartige Landschaft zerstören würde.
- Für die Zeit nach der Abschaltung des Atomkraftwerks Grohnde müssen Weichen gestellt werden: Für eine klimafreundliche Zukunft ohne fossile Brennstoffe und Atomstrom.
- Zu viele Menschen in Bielefeld sind arm oder von Armut bedroht. Es muss gelingen, ihnen Teilhabe und ein gutes soziales Netz zu sichern.

Schon einiges erreicht .....
In den letzten fünf Jahren hat die Fraktion von Bündnis 90/Die GRÜNEN vieles angestoßen und trotz unklarer Mehrheiten im Rat einiges erreicht.

- Auf unsere Initiative hin hat sich die Stadt zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung verpflichtet und ein umfangreiches Klimaschutzprogramm beschlossen.
- Wegen des breiten Widerstands der GRÜNEN und der Umweltbewegung wird statt eines geplanten Kohlekraftwerks in Bielefeld ein Holzheizkraftwerk gebaut.
- Das geplante Bebauungsgebiet „Württemberger Allee“ in Sennestadt haben wir verhindert und damit viele Hektar wertvollen Wald erhalten.
- Der Bielefelder Osten wird nicht durch eine Stadtautobahn (B66n) zerschnitten.
- Wir haben es gemeinsam mit dem Oberbürgermeister und den anderen Ratsfraktionen geschafft, aus dem Haushaltssicherungskonzept herauszukommen.
- Die Schulbausanierung konnte weitergeführt und die Kinderbetreuung ausgebaut werden. Bielefeld ist Dank unserer Initiativen kinder- und familienfreundlicher geworden!

- Durch den geplanten Umzug der Stadtbibliothek an den Neumarkt schaffen wir Voraussetzungen für eine moderne und nutzerfreundliche Bildungseinrichtung in unserer Stadt.
- Seit April 2008 gibt es mit Anja Ritschel eine Dezernentin für Umwelt- und Klimaschutz. Natur-, Umwelt- und Klimaschutz haben wieder eine kompetente Stimme im Verwaltungsvorstand.

Nur wenn Bielefeld grün wählt, wird unsere Stadt grüner werden

Es bleibt noch vieles zu tun, um Bielefeld zukunftsfähig und lebenswerter zu gestalten. Wir haben dazu Ideen, die wir mit einer starken grünen Ratsfraktion voranbringen können. Wir brauchen eine neue Kultur der Kommunalpolitik, in der Entscheidungen nicht nur im Rathaus, sondern mit stärkerer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger fallen.

Für diese Politik neuen Stils steht unsere OB-Kandidatin Marianne Weiß. Wir sind überzeugt, dass es in Zeiten der Auflösung der klassischen politischen Lager nicht mehr darum geht, ob das Stadtoberhaupt schwarz oder rot ist. Im Gegenteil: Zu einem grüneren Bielefeld gehört auch eine grüne Stadtspitze. Eine Grüne Oberbürgermeisterin wird den politischen Aufbruch vorleben und voranbringen.

Denn es ist Zeit für Grün.

1. Klima- und Ressourcenschutz

Die Stadt Bielefeld hat sich verpflichtet, die Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen: 40% CO_2-Einsparung (gegenüber 1990) bis zum Jahr 2020 und 20% Anteil von erneuerbaren Energien. Wir haben nur noch etwa zehn Jahre Zeit, wollen wir den Temperaturanstieg weltweit auf 2° C beschränken. Jede/r Einzelne muss selbst etwas dazu beitragen. Energiesparmaßnahmen im Haushalt, ein überlegtes Verkehrsverhalten oder auch der Kauf von regionalen Produkten sparen CO_2.
Die Kommune ist ebenfalls gefragt. In den nächsten Jahren muss das vom Rat beschlossene, ehrgeizige Klimaschutzprogramm umgesetzt werden.

Gebäudesanierung beschleunigen
Aktueller Schwerpunkt des Klimaschutzprogramms der Stadt Bielefeld ist die energetische Gebäudesanierung. 85% aller Wohngebäude in Bielefeld sind reif für die energetische Sanierung. Zur Zeit werden nur 1,5% der Wohnungen jährlich in Angriff genommen trotz der zahlreichen Anreize und Förderprogramme. Wir werden prüfen, weshalb sich bisher so wenige BielefelderInnen entschieden haben, ihr Haus energiefit zu machen und diese Hürden möglichst schnell beseitigen, falls das mit kommunalen Mitteln möglich ist.
Daneben müssen auch bei den öffentlichen Gebäuden noch mehr Maßnahmen ergriffen werden. Die Möglichkeiten des Konjunkturpakets der Bundesregierung werden für Bielefeld zielgerichtet genutzt. Neben Schulen und Sporthallen sind in den nächsten Jahren weitere Investitionen notwendig. Sie rechnen sich doppelt – wirtschaftlich und für unsere Umwelt.

Quartiere können mehr Energie erzeugen als sie verbrauchen
Wir wollen erreichen, dass in Bielefeld zukünftig nur noch energieoptimiert gebaut wird. Deshalb setzen wir uns für städtebauliche Verträge ein, in denen Niedrigenergie- oder Passivhausstandards vorgeschrieben sind. Außerdem sollen Bebauungsgebiete als Energie-Plus-Quartiere entstehen. Diese Quartiere sollen durch Nutzung aller technischen und planerischen Möglichkeiten mehr Energie erzeugen als sie verbrauchen. Auch wenn energetische Vorgaben in der Bauleitplanung rechtliche Grenzen haben: Die bestehenden Möglichkeiten werden in Bielefeld unzureichend genutzt. Wir fordern, dass Bebauungspläne ökologische und energetische Standards setzen (z.B. Südausrichtung und/oder Kompaktheit der Gebäude).

Projekt 1:
So wollen wir morgen leben: Innerstädtische Energieplussiedlung

Häuser die viel Energie brauchen sind out. Passivhäuser sind nur sparsam, erzeugen aber keine Energie. In Freiburg, Hannover und vielen anderen Städten bestehen bereits erste Plusenergiesiedlungen. Durch eine intelligente Kombination von neuester Technik und altem Wissen produzieren diese Siedlungen mehr Energie als sie verbrauchen. Wir stellen uns vor, das Bielefelder Know How zu nutzen und Investoren für dieses Zukunftsprojekt zu gewinnen. Möglicher Standort könnte der Bereich um das Schlachthofviertel sein. In dieser Siedlung stellen wir uns einen Mix aus verschiedenen Wohnangeboten und Kleingewerbe vor.
Als Leistungsschau der hiesigen Öko-Hightechindustrie und als attraktiven, zukunftsfähigen Wohn- und Arbeitsort.

Energiesparen macht Schule
Das Energiesparen läuft als Projekt an Bielefelder Schulen schon erfolgreich. Dies soll auf weitere Bereiche ausgedehnt werden. Gerade die Stadtverwaltung muss hierbei Vorbild sein! Das gilt für den kommunalen Fuhrpark ebenso wie für den Einkauf ressourcenschonender, fair gehandelter Produkte. Aktuell nehmen die Klärwerke am Projekt ÖKOPROFIT, bei dem die Wirtschaftlichkeit durch ökologische Maßnahmen verbessert wird, teil. Diese Aktivitäten müssen auf alle Verwaltungsbereiche ausgedehnt werden.

Bielefeld als Zentrum der regenerativen Energien ausbauen
In Bielefeld wird von Stadtwerken und Privaten zunehmend Sonnenenergie zur Stromerzeugung genutzt. Wir sehen noch ein großes Potential auf Dächern von öffentlichen Gebäuden. Wir arbeiten daran, dass diese zur Verfügung gestellt werden, um dort Bürgersolaranlagen zu installieren. Für alle Interessierten soll das von uns initiierte Projekt „Sun Area“ Informationen zur Nutzbarkeit von Sonnenenergie auf dem eigenen Dach zur Verfügung stellen.
Die Stadtwerke Bielefeld bauen ein Holzheizkraftwerk und erhöhen mit zwei Biogasanlagen den Anteil an regenerativ erzeugter Energie. Bei der Biogaserzeugung sind in Bielefeld noch längst nicht alle Potentiale genutzt. Bei weiteren Anlagen muss die Verwertung von Bioabfall aus Haushalten, Gastronomie und Nahrungsmittelindustrie im Vordergrund stehen.

Wir brauchen mehr Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen. Hierzu gehört auch, herauszufinden, welche weiteren umwelt- und anwohnerverträglichen Windkraftstandorte im Stadtgebiet ausgewiesen werden können.

Projekt 2:
Energie aus Kartoffelschalen

Aus 35.000 t Biomüll können ca. 3.500 Haushalte mit Strom versorgt werden und das spart 6.600 t Co_2 pro Jahr.

Bioabfall ist ein höchst wertvoller "Rohstoff", doch derzeit werden in Bielefeld nur die Hälfte der kompostierbaren Stoffe eingesammelt und genutzt. Dabei ist Biomüll für die Erzeugung von Energie, Wärme und Kraftstoffen ein wichtiger Rohstoff. Deshalb soll eine Biogasanlage gebaut werden, die den organischen Abfall zu Methan vergärt. Diese Verwertung ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Kohlendioxidbilanz.

Zukunft der Stadtwerke ohne Atomstrom

Die Stadtwerke sind ein zuverlässiger Partner der Menschen in Bielefeld bei der Versorgung mit Strom, Gas, Wärme und Wasser. Allerdings erzeugen sie immer noch den größten Anteil ihres Stroms im Atomkraftwerk Grohnde. Dieses wird 2018 endlich vom Netz gehen. Deshalb muss in den nächsten Jahren über ein neues Konzept zur Stromerzeugung entschieden werden.
Wir wollen kein neues Großkraftwerk als Ersatz für Grohnde. Die Zukunft liegt in Kraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung. Nahwärmenetze können dafür sorgen, dass Baugebiete mit Wärme versorgt werden, die in Blockheizkraftwerken (BHKW) erzeugt wird. Auch kleinere, dezentrale BHKWs in Haushalten und Betrieben können neben der vor Ort benötigten Wärme auch Strom als Nebenprodukt produzieren, der in das Netz eingespeist wird. Es ist möglich, BHKWs so zu vernetzen und zentral zu steuern, dass sie in der Summe wie ein „virtuelles Kraftwerk" funktionieren.

Nicht auf Kosten der nächsten Generation leben

Ressourcen gilt es aber nicht nur in ökologischer Hinsicht zu bewahren. Den Schuldenberg, den wir den nächsten Generationen aufbürden, dürfen wir nicht weiter anwachsen lassen. Auch nicht mit Geldern, die wir wegen der schwierigen Finanz- und Wirtschaftssituation zugunsten von Konjunkturstrohfeuern ausgeben.
Eines unserer wichtigsten finanzpolitischen Ziele der letzten Wahlperiode konnten wir erreichen: Gemeinsam mit den anderen Ratsfraktionen haben wir den

Haushalt der Stadt so weit konsolidiert, dass wir aus der Haushaltsbewirtschaftung heraus sind und die Stadt trotzdem nicht „kaputt gespart“ haben. Das Schulbausanierungsprogramm wurde fortgesetzt, die Betreuung der unter Dreijährigen ausgeweitet und Mittel für den Klimaschutz bereitgestellt. Dennoch: Im gleichen Zeitraum sind die Schulden weiter angewachsen und wir steuern – trotz zwischenzeitlich gestiegener Steuereinnahmen – erneut auf ein Haushaltssicherungskonzept zu. SPD und CDU erliegen bereits wieder dem altgewohnten Ausgabenfrohsinn, anstatt konsequent den eingeschlagenen Konsolidierungskurs im Interesse der nachfolgenden Generationen fortzusetzen. Die Stadthallenerweiterung und diverse Straßenprojekte werden Millionen verschlingen und die kommenden Haushalte erheblich belasten.
Die GRÜNEN stehen für die Fortsetzung einer finanziellen Stabilisierung mit Augenmaß. Ziel muss es sein, das Defizit im Haushaltsplan im Sinne einer generationengerechten Finanzpolitik zu reduzieren und zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen. Haushaltskonsolidierung soll weiterhin zuerst auf der Ausgabenseite stattfinden. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer soll auch weiterhin vermieden werden.

Investitionen in zukunftsfähige Projekte
Wir begrüßen es, dass in der schwierigen wirtschaftlichen Lage die Kommunen Mittel aus dem Konjunkturpaket des Bundes erhalten, um mit der Sanierung der Infrastruktur einen Beitrag zum Erhalt von Arbeitsplätzen leisten zu können. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass sie zum Beispiel mit energetischer Sanierung Folgekosten verringern, zusätzliche Werte für die nächsten Generationen schaffen und einen Beitrag für Zukunftsfähigkeit in Bielefeld leisten.

Riskante Finanzgeschäfte unterlassen
Die Finanzkrise hat gezeigt, dass die Kommunen sich nicht auf unseriöse und risikobehaftete Geschäfte einlassen sollten. Wir haben stets den Bau eines Technischen Dienstleistungszentrums in Form eines Public Private Partnership Projekts (PPP-Modell) abgelehnt. Und wir konnten schließlich alle Fraktionen im Rat von einer Eigenbau-Lösung überzeugen, die der Rat einstimmig beschlossen hat. Das stärkt den Mittelstand und hilft, städtische Arbeitsplätze zu erhalten.

Ressourcenschonende Stadtentwicklung
Jede weitere Ausweitung der Stadt in die Landschaft durch neue Straßen und zusätzliche Wohngebiete in der freien Landschaft muss verhindert werden. Eine weitere Bebauung dort wirkt sich nicht nur nachteilig auf den Naturhaushalt aus, sondern verursacht auch weitere Kosten für die Infrastruktur. Und eben diese Kosten müssten in Zukunft von immer weniger Menschen aufgebracht werden.

2. Lebensqualität verbessern

Die Lebensqualität in einer Stadt wird von vielen Faktoren bestimmt, von sauberer Luft, Wasser und Ruhe bis hin zu den Freizeitmöglichkeiten, dem Sport und der Kultur. Wir werden daran arbeiten, dass die Lebensqualität in Bielefeld kontinuierlich verbessert wird.

Lärm vermindern
Lärm macht krank! Mit der EU-Umgebungslärmrichtlinie ist auch Bielefeld verpflichtet worden, einen Lärmaktionsplan aufzustellen. Vor allem der Autoverkehr führt zu einer starken Belastung der Bevölkerung. Um dem entgegen zu wirken, setzen die GRÜNEN auf einen modernen Stadtverkehr mit mehr Fahrrädern, mehr Bussen und Bahnen. Der Lärmaktionsplan muss darüber hinaus konkrete Maßnahmen beinhalten, die zur Lärmminderung beitragen. Wir fordern Geschwindigkeitsreduzierungen, deren Überwachung sowie Flüsterasphalt an stark befahrenen Straßen. Durch das Konjunkturpaket II wird es wieder ein Lärmschutzfensterprogramm geben. Konzepte zur Lenkung der Gütertransporte und eine intelligente Gesamtverkehrsplanung sind weitere, notwendige Bausteine eines Lärmaktionsplans.

Feinstaub reduzieren
Die Feinstaubbelastung nimmt in Bielefeld stetig zu. Wir müssen handeln, wenn wir wollen, dass die Luft in Bielefeld gut bleibt! Je weniger Belastung, umso gesünder lebt es sich in unserer Stadt. Weniger Autoverkehr, eine konsequente Überwachung von Gewerbe- und Industriebetrieben, der Austausch veralteter Heizungsanlagen, all dies vermindert den Feinstaub.

Sauberes Trinkwasser erhalten
Das Bielefelder Trinkwasser hat eine hervorragende Qualität! Unser Lebensmittel Nr. 1 muss dauerhaft gesichert sein. Darum müssen wir dafür sorgen, dass keine kritischen Stoffe ins Grundwasser gelangen. Wir setzen uns daher für aktiven Bodenschutz, weniger Versiegelung und mehr naturverträgliche, idealerweise ökologische, Landwirtschaft ein. Zudem stellen veraltete Klärgruben eine Gefahr für das Grundwasser dar. Wir fordern, dass sie möglichst zügig an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden.

Landwirtschaft in Bielefeld erhalten und die Stadt zur gentechnikfreien Zone machen

In Bielefeld gibt es immer noch landwirtschaftliche Betriebe. Diese erzeugen ein breites Angebot von regionalen Produkten und tragen zum Erhalt der Landschaft bei. Viele Landwirte haben bereits auf ökologische Produktion umgestellt. Nur wenn es gelingt, den Einsatz fremder Gene und der damit verbundenen unkalkulierbaren Risiken zu verhindern, kann die Existenz dieser Betriebe dauerhaft gesichert werden. Zum Schutz der ökologischen Landwirtschaft und aller anderen nicht an gentechnischen Züchtungen interessierter Landwirte soll Bielefeld und sein Umland deshalb zur „gentechnik-freien Zone" erklärt werden. Den Verbraucherinnen und Verbrauchern soll dadurch die Wahlfreiheit für gentechnisch unveränderte Lebensmittel erhalten bleiben.

Schutz für Verbraucher verbessern

Gesundheitsgefährdende Beimischungen in Lebensmittelprodukten, „Gammelfleisch"-Skandale, Schadstoffrückstände in Nahrungsmitteln oder gesundheitsgefährdendes Spielzeug: Der Ohnmacht der Verbraucher und Verbraucherinnen wollen wir mit einem effektiven Verbraucherschutz begegnen. Deshalb wollen wir Gesundheits- und Verbraucherschutz als klassische Aufgabe der Kommune erhalten und die Wirksamkeit verbessern. Die Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter üben wichtige Kontrollfunktionen aus und leisten intensive Aufklärungsarbeit.

Freizeit gestalten

Das wichtigste Potential für Freizeit und Erholung bieten die Bielefelder Grünanlagen und die freie Landschaft. Um ein attraktives Wegenetz zu schaffen, muss noch einiges getan werden. Laufen, Walken, Radfahren – und an ausgesuchten Stellen auch Skating – soll besser möglich gemacht werden. Der Neubau eines Hallenbades in Sennestadt, die Schaffung eines Naturfreibades in Brackwede und die Sanierung der Freibäder in Hillegossen und Dornberg sind erfolgt. Durch die gute Zusammenarbeit zwischen dem Gadderbaumer Freibadverein und der Ratsfraktion ist es gelungen, das Bad zu erhalten. Jetzt muss in das Gadderbaumer Freibad investiert werden, um es als Familien- und Gesundheitsbad auch für die Zukunft abzusichern. Das bürgerschaftliche Engagement in Freibadvereinen war und ist eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung der Bielefelder Bäderlandschaft.

Projekt 3:
Freibad Gadderbaum sanieren!

Die Bürgerinnen und Bürger in Gadderbaum haben Großes geleistet und durch ihr Engagement dafür gesorgt, dass der Rat auf GRÜNE Initiative den Erhalt des Freibads beschlossen hat. Diesen Worten müssen jetzt Taten folgen: Die umfassende Sanierung des Bades ist unumgänglich und muss kurzfristig erfolgen. Dafür setzen wir uns ein, denn auch in den Stadtbezirken muss es ein ausreichendes Angebot an Sport- und Freizeitmöglichkeiten für alle Generationen geben.

Wasserflächen und Naherholungsgebiete aufwerten

Die Bielefelderinnen und Bielefelder mögen ihre Wasserflächen. Die Entschlammung des Obersees mit der Verlegung des Johannisbaches steigert die Attraktivität dieses Gewässers. Auch die Freilegung der Lutter ist ein großer Gewinn für die Stadt. Deshalb unterstützen wir den Verein „Pro Lutter" bei seinen weiteren Vorhaben. Durch eine Entschlammung der Stauteiche im Bielefelder Osten können zusätzliche Wasserflächen attraktiver gestaltet werden.

Die Grünzüge mit ihren Teichen und Bächen prägen unsere Stadt. Wir fordern, die von der EU-Richtlinie „Flora, Fauna und Habitat" (FFH) erfassten Gebiete als Naturschutzgebiete auszuweisen, insbesondere den Teutoburger Wald und den Grünzug um die Sparrenburg. Die geplante „StadtParkLandschaft" um den Johannisberg bietet die einzigartige Möglichkeit, das Stadtgrün am Bielefelder Pass naturnah zu gestalten. Wir wollen dort auch die Chance nutzen, Raum für neue naturnahe Freizeitaktivitäten zu entwickeln. Der Klettergarten ist dafür ein gutes Beispiel.

Die Johannisbachaue ist neben dem Teutoburger Wald die größte zusammenhängende Freifläche in unserer Stadt. Sie ist Lebensraum für viele bedrohte Tier- und Pflanzenarten und ein beliebter Naherholungsraum für viele Menschen. Auch sie wollen wir unter Naturschutz stellen und dort ein Konzept für eine naturverträgliche Freizeitnutzung mit naturnaher Erholung entwickeln.

Projekt 4:
Johannisbachaue als Naturschutzgebiet ausweisen – Naturerfahrung ermöglichen

Die Johannisbachaue: große, stadtnahe, kaum bebaute Kulturlandschaft mit naturnah verlaufendem Bach. Durch die Vielfalt und Größe des Areals ist der Bereich Lebensraum für einige bedrohte Tier- und Pflanzenarten. Wer Glück hat kann bei Spaziergängen den dort lebenden Eisvogel bewundern. Wir können nur schützen und lieben, was wir kennen. Die Johannisbachaue ist absolut naturschutzwürdig.
Es gibt viele Ideen, die Johannisbachaue für naturnahe Erholung weiter zu öffnen. Dafür haben wir Grüne schon vor vielen Jahren ein Konzept entwickelt. Auch die Stadtteilkonferenz Baumheide hat, ebenso wie Kinder und Jugendliche in Zusammenarbeit mit dem Freizeitzentrum Baumheide und dem naturpädagogischen Zentrum Schelphof Ideen entwickelt, wie die Aue naturverträglich genutzt werden kann.

Mehr Bäume in die Stadt
In Bielefeld werden seit der Abschaffung der Baumschutzsatzung unzählige, gesunde Baume gefällt, die für das Stadtklima wichtig sind. Allzu häufig werden Bäume kurzsichtigen Interessen geopfert. Wir wollen uns für einen wirksamen Schutz und die Fortentwicklung des Baumbestandes einsetzen. Wir GRÜNEN sind die einzige Fraktion im Rat, die sich für konsequenten Baumschutz stark macht.

Projekt 5:
Zum Stadtjubiläum: 800 Bäume für die Stadt

Bäume sind wichtig für die Menschen: sie sorgen für gute Luft, sie verbessern das Klima und sie prägen unser Stadtbild. In den letzten Jahren sind viel zu viele Bäume in der Innenstadt ersatzlos gefällt worden. Wir wollen mit Bürgerinnen und Bürgern und Sponsoren dafür sorgen, dass bis zum 800sten Stadtjubiläum im Jahr 2014 mindestens 800 Bäume neu gepflanzt werden.

Kultur fördern
In Bielefeld ist viel los. Einen großen Teil ihrer Attraktivität verdankt die Stadt der

Vielfalt des kulturellen Schaffens. Jedes Jahr besuchen Zehntausende den „Carnival der Kulturen“, die Nachtreise der freien Theater, die Offenen Ateliers oder die Nacht der Museen. Die freie Kulturszene stellt neben Kunsthalle, dem Stadttheater und den zahlreichen Museen einen unverzichtbaren Teil unseres Kulturlebens dar. Wir setzen uns für eine bessere Finanzausstattung der freien Kultur ein.
Wir wollen das Stadttheater in seiner derzeitigen Form erhalten. Das Theater kann mit verbesserten Strukturen, einer größeren Effizienz und mit einem festgeschriebenen Budget betrieben werden. Das hat ein von der Stadt in Auftrag gegebenes Gutachten gezeigt. Diesen Weg, der zu mehr Planungssicherheit für das Theater und den städtischen Haushalt führen soll, unterstützen wir mit Nachdruck. Die verstärkte Öffnung des Theaters durch Kooperationen mit Schulen, verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und die Erweiterung der theaterpädagogischen Angebote halten wir für den richtigen Weg.
Kultur ist ein universelles Medium, sie schafft Kontakte und vermittelt Einsichten. Die Kulturangebote der Stadt sollen deshalb für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen erschwinglich und zugänglich sein, ob alt oder jung, Frau oder Mann, einheimisch oder zugewandert. Denn Kultur ist ein wichtiger Bestandteil eines städtischen Integrationskonzepts.
Die Kunsthalle hat sich zu einem der überregional bekannten Bielefelder Markenzeichen entwickelt. Sie muss nach Möglichkeit auch weiterhin finanziell so ausgestattet sein, dass das erreichte Niveau erhalten bleibt.

Stadtbibliothek im Amerika-Haus

Die kulturpolitische Kernaufgabe der nächsten Jahre wird der Ausbau und die Modernisierung der Stadtbibliothek sein. Nach gründlicher Prüfung unterstützen wir den Umzug der Bibliothek in das Amerika-Haus. Dort kann den Bürgerinnen und Bürgern zu vertretbaren Kosten eine vergrößerte und modernisierte Bibliothek zur Verfügung gestellt werden. Der öffentliche Raum um das Amerika-Haus muss belebt, die Erreichbarkeit verbessert und eine hohe Aufenthaltsqualität erreicht werden.

Musische Bildung für alle

Die Musik- und Kunstschule sollte aufgewertet werden. Die GRÜNEN machen sich dafür stark, dass Bielefeld sich möglichst schnell an der Landes-Initiative „Jedem Kind ein Instrument“ beteiligt.

Projekt 6:
Warum „Jedem Kind sein Instrument"?

Musikunterricht ist kein Luxus, Musizieren fördert vielmehr die geistige und soziale Entwicklung und die Kreativität bei allen Kindern. Was im Rahmen des Programms „Jedem Kind sein Instrument" in zahlreichen Städten im Ruhrgebiet durch eine Kombination von kommunalen und Landesmitteln sowie durch Sponsoren möglich war, wollen wir auch in Bielefeld ermöglichen. Auch bei uns sollen alle Grundschulkinder Musikinstrumente kennenlernen, ihr Lieblingsinstrument auswählen und lernen, damit gemeinsam mit anderen Kindern zu spielen.

Ravensberger Park zum Kultur- und Museumspark entwickeln.
Das Naturkundemuseum hat sich als Ort der Bildung einen besonderen Ruf erworben. Wir unterstützen – im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten – einen Umzug in die Alte Hechelei im Ravensberger Park. Mit dem Historischen Museum und der Volkshochschule würde der Park so kulturell an Bedeutung gewinnen.

Sporttreiben lebenslang
Sport dient der Gesundheit, der Kommunikation und der Integration. Der „unorganisierte Sport" außerhalb von Vereinen nimmt stetig zu. Viele der neuen Sportarten sind nicht mehr an feste Anlagen und an Sportvereine gebunden (Joggen, Nordic Walking, Skating...). Zur Zeit wird eine umfangreiche, repräsentative Befragung zum Sportverhalten der Bielefelderinnen und Bielefelder ausgewertet. Auf der Basis ihrer Ergebnisse wollen wir neue Akzente in Bezug auf die Planung von Sportstätten setzen. Für die GRÜNEN hat die Sanierung und Instandsetzung der vorhandenen Anlagen Vorrang vor der Errichtung Neuer. Kieselrot belastete Sportplätze darf es nicht mehr geben.
Wir werden die Vereine weiterhin darin unterstützen, ihr breites Angebot zu erhalten und zu entwickeln. Daher begrüßen wir es, dass viele Vereine mit den offenen Ganztagsschulen zusammen arbeiten. Und wir hoffen, dass dies auch an den gebundenen Ganztagsschulen der Sekundarstufe I geschieht.
Mädchen und Frauen sind in Vereinen immer noch unterrepräsentiert. Wir wollen Anreize schaffen, damit Vereine sich stärker um Mädchen und Frauen bemühen. Neben den traditionellen Turnieren setzen wir uns für die Durchführung von Sportveranstaltungen für Mädchen ein.

3. Stadtentwicklung im Zeichen des demografischen Wandels

Die Bevölkerung in Bielefeld nimmt zahlenmäßig ab und die Einwohner werden im Durchschnitt älter. Und es gibt auch stetig mehr Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen. Stadtentwicklung darf nicht weiter auf Wachstum angelegt sein, sondern muss neue Qualitäten entwickeln. Künftige Planungen müssen dem wachsenden Anteil älterer Menschen gerecht werden und sich daran ausrichten, das Leben für junge Familien attraktiver zu machen. In vielen, nach dem Krieg gebauten Siedlungen findet ein Generationenwechsel statt. Auch hier müssen Konzepte so verändert werden, dass diese Siedlungen an die heutigen Ansprüche von Familien angepasst werden können. Der demografische Wandel erfordert auch ein Umsteuern in der Verkehrspolitik: Hin zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und weg von neuen Straßen.

Stadtentwicklung im Bestand

Die zunehmende Veränderung der Altersstruktur erfordert neue Strategien für das Zusammenleben. Die Zahl junger Familien nimmt ab. Wegen der zunehmenden Einpersonenhaushalte wird die Zahl der Haushalte in den nächsten Jahren trotzdem noch steigen. So gewinnt innerstädtisches Wohnen zunehmend an Attraktivität.
GRÜNE Stadtentwicklung setzt am Quartier an, wobei soziale, gesundheitliche und räumliche Gesichtspunkte berücksichtigt werden müssen. Eine quartiersbezogene Nahversorgung muss gesichert werden. Die Wohnungsbaugesellschaften können Quartiere so verändern, dass Nachbarschaft ermöglicht wird und dass ältere Menschen, aber auch junge Familien sich dort wohl fühlen können. In diesem Wohnumfeld können Kinder verkehrssichere Spiel- und Freiräume finden.

Zentren erhalten

Bielefeld ist eine Flächenstadt mit einem funktionierenden Zentrum sowie verschiedenen Nebenzentren mit ortsnaher Infrastruktur. Wir wollen alle diese Zentren erhalten und stützen. Deshalb werden wir weiteren, großflächigen Einzelhandel auf der grünen Wiese verhindern. Wir setzen uns dafür ein, dass die Ansiedlung von Einzelhandel in den ausgewiesenen Kerngebieten ermöglicht und eine ortsnahe Versorgung gesichert wird.

Stadtbahnnetz ausbauen – unsere Projekte

In Bielefeld gibt es ein funktionierendes System von schienengebundenem Nah- und Regionalverkehr. Wir fordern eine Sennebahn, die im 30-Minutentakt fährt.

Sie soll den Bielefelder Süden mit der Innenstadt, aber auch mit den Nachbargemeinden Schloss Holte-Stukenbrock und Paderborn verbinden. Die Ortsteile Sennestadt, Senne und Brackwede sollen dann durch Busse an diese Sennebahn angebunden werden.
Wir unterstützen die schrittweise Umsetzung des Konzepts „moBiel 2030“ (s. Kasten). Wir setzen uns darüber hinaus für eine attraktivere Verbindung zwischen Bahnhof und Stadtbahn ein.

Stadtbahnnetz ausbauen – Das Machbare heute machen
Planungen für die Zukunft einleiten

Seit 2002 hat es in Bielefeld keine Erweiterung des Stadtbahnnetzes mehr gegeben. Angesichts der zunehmenden Bedeutung von Bussen und Bahnen für den Klimaschutz ein Armutszeugnis. Wenn das von allen angestrebte Ziel 2030 15% weniger PKW-Verkehr durch den Ausbau des Stadtbahnnetzes erreicht werden soll, muss mehr Tempo in die Entwicklung kommen.

Linie 2 Milse: Die Verlängerung der Linie 2 von Milse nach Milse-Ost wird 2010 beginnen. Damit wird das Wohngebiet Moenkamp an die Stadtbahn angeschlossen.

Linie 3 Theesen: Die Planung für die Stadtbahnverlängerung nach Theesen wird verzögert. Für 2009 war von der Verwaltung der Planfeststellungsbeschluss zugesagt worden, geschehen ist aber nichts. Statt zu warten, bis die gesamte Strecke bis Jöllenbeck gebaut werden kann, setzen wir uns für die Realisierung der Verlängerung nach Theesen als ersten Bauabschnitt einer Stadtbahn nach Jöllenbeck ein. Für moBiel hätte die Verlängerung positive wirtschaftliche Effekte.

Linie 3 Hillegossen: Die Planungen für eine Verlängerung der Linie 3 von Stieghorst nach Hillegossen können in den nächsten Jahren abgeschlossen werden. Eine Verlängerung von ca. 2 km würde 15.000 Einwohner/innen zusätzlich an die Stadtbahn anschließen.

Linie 5 Heepen: Der große Stadtbezirk Heepen ist bisher überhaupt nicht durch eine Stadtbahn erschlossen. Hier soll keine Stadtbahn mit eigener Trasse, sondern eine Straßenbahnlinie in Niederflurtechnik geplant und entwickelt werden. Mit dieser Linie, die durch den dicht besiedelten Bereich östlich der Innenstadt und vorbei an der Radrennbahn führen soll, lassen sich 10 Mio. mehr Fahrgäste jährlich für den ÖPNV gewinnen. Diese Planung wollen wir beschleunigen, damit in wenigen Jahren mit dem Bau begonnen werden kann.

Mehr Sicherheit für Radfahrerinnen und Fußgänger

Wir setzen uns für mehr und sicherere Rad- und Fußwege ein. FußgängerInnen und RadfahrerInnen sind in Bielefeld wesentlich stärker gefährdet als andere Verkehrsteilnehmer. Zu ihrem Schutz wollen wir Tempo 30 in der gesamten Innenstadt und in den Nebenzentren durchsetzen, entsprechend der Empfehlung des Deutschen Städtetages. Durch regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen und weitere geeignete Maßnahmen soll die Zahl der Unfälle in der Stadt reduziert werden. Mit dem in den Niederlanden entwickelten Konzept des „shared space" (gemeinsam genutzter Raum) werden wir mehr Verkehrssicherheit im Bereich des Bahnhofs, auf und um den Kesselbrink und am Jahnplatz ohne zusätzliche Reglementierungen erreichen. Die Stadt ist unserem Antrag gefolgt, sich der Landesinitiative „Vision Zero" anzuschließen. Das Ziel, die Zahl der Verkehrstoten bis 2020 zu halbieren, muss jetzt konsequent verfolgt werden. Wir begrüßen und unterstützen bürgerschaftliches Engagement wie die des Bürgerbüros Verkehrssicherheit, die dazu beitragen dieses Ziel auch tatsächlich zu erreichen.

Projekt 7:
Radfahren als alltägliches Nahverkehrsmittel attraktiver machen!

Bielefeld ist eine fahrradfreundliche Stadt und immer mehr Bielefelder/innen nutzen das Rad als alltägliches Verkehrsmittel. Unsere Radwege müssen jedoch besser und sicherer werden, das Radwegenetz muss erweitert und bestehende Lücken geschlossen werden. Unser Ziel ist es, den Anteil des Radverkehrs am Modal Split in den nächsten fünf Jahren um 5% zu erhöhen. Aktionen wie „Mit dem Rad zur Arbeit" zeigen, wie es gehen kann!

Ausweitung und Erhalt der Grünflächen statt neuer Straßen

Wir können nicht auf der Basis 20 Jahre alter Prognosen Verkehrspolitik machen. Der PKW-Verkehr nimmt seit einigen Jahren ab, doch der LKW-Verkehr steigt stetig an. Statt neuer Straßen brauchen wir intelligente Güterverkehrslösungen.
Deshalb fordern wir, die L712n nicht zu bauen, die Planungen für den vierspurigen Ausbau der Herforder Straße und die Umgehungsstraße in Ummeln einzustellen. Auf der Trasse der B66n soll auf unsere Initiative hin ein „Grünes Band" mit Fuß- und Radweg entwickelt werden, das Stieghorst mit dem Lutter-Grünzug und mit der Bielefelder Innenstadt fußläufig verbindet.

Flächennutzungsplan den Herausforderungen anpassen

Jedes Jahr werden in Bielefeld immer noch 60 ha Fläche durch Wohnbebauung, Straßenbau oder Gewerbegebiete versiegelt. Trotz aller Beschlüsse zum „Masterplan Wohnen“, den wir ausdrücklich begrüßen: Es mangelt an dessen Umsetzung. Immer noch werden Wohnbaugebiete ohne Anschluss an öffentliche Verkehrsmittel in der freien Landschaft ausgewiesen. Die Alternative dazu ist eine umwelt- und naturverträgliche Stadtentwicklung durch Weiterentwicklung und Anpassung der bestehenden Wohnquartiere an die heutigen Bedürfnisse. Baulücken müssen genutzt und neue Wohngebiete behutsam an den Trassen des Öffentlichen Personennahverkehrs ausgewiesen werden. Brachliegende Industrie- und Gewerbeflächen sollen wiederverwendet werden. Wir fordern, dass der in Arbeit befindliche Flächennutzungsplan sich an diesen Vorgaben orientiert. Mit einem kommunalen Recyclingfonds können wir Anreize zum schnelleren Wiedergebrauch ungenutzter Gewer-beflächen schaffen.

4. Kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik gestalten

Obwohl die Rahmenbedingungen für die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik von Bund und Land gesetzt werden, hat die Stadt Möglichkeiten, die es zu nutzen gilt. Die städtische Wirtschaftsförderungsgesellschaft WEGE und die Regionale Personalentwicklungsgesellschaft REGE sollen Konzepte erarbeiten, mit denen die Weiterentwicklung des Wirtschafts- und Beschäftigungsstandorts Bielefeld gelingt.

Wirtschaftspolitik:
Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik setzt auf die Stärken und die Alleinstellungsmerkmale des Standortes Bielefeld. Hochschule und Wissenschaft, der Maschinenbau (Energie- und Ressourcenschutz), die Gesundheitswirtschaft, die Lebensmittelwirtschaft und der ökologische Landbau sowie die Freizeit- und Tourismuswirtschaft bieten in unserer Stadt besondere Entwicklungschancen. Zur Entwicklung ihrer Stärken wollen wir diese Branchen mit Vorrang behandeln. Es war bisher erfolgreich, die einzelnen Branchen durch Netzwerke gezielt zu unterstützen. Dies soll fortgesetzt werden.
Sicherung von bestehenden und die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen sind wichtige Herausforderungen in der vor uns liegenden Zeit der Wirtschafts- und Beschäftigungskrise. Gefragt sind nicht Subventionen, die bestehende Zustände zementieren, sondern Hilfen bei der Anpassung an zukünftige Herausforderungen. Wir treten dafür ein, dass die städtischen Möglichkeiten hier zielgerichtet eingesetzt werden. So sollte die Reaktivierung des Containerbahnhofs für die Logistikbranche unterstützt werden. Für Bera-tungen und Dienstleistungen bei Energiesparinvestitionen muss die Bielefelder Initiative Zukunftsenergien (BIZE) zu einer zentralen Koordinationsstelle weiterentwickelt werden. Den Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft wollen wir fördern. Wir begrüßen die geplante Ansiedlung eines BioInnovationszentrums, das wertvolle Impulse zur Weiterentwicklung der Biotechnologie geben kann.
Bielefeld ist mit seinen vorhandenen Qualitäten und seinen guten Perspektiven gut positioniert. Durch ein gutes Standortmarketing, das möglichst alle Akteure einbezieht, soll dem offensichtlichen Image-Problem begegnet werden. Wir treten dafür ein, dass die Stadt sich an einer geeigneten Form des Marketings für den Standort Bielefeld finanziell beteiligt.
Wir wollen die Natur- und Landschaftsqualitäten, die die Attraktivität Bielefelds mit bestimmen, als “weiche“ Standortfaktoren weiterentwickeln. Der Sparrenburg und dem umliegenden FFH-Gebiet kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Die GRÜNEN wissen, dass man mit grünen Ideen Geld verdienen und Zukunftsperspektiven schaffen kann. Gute Beispiele hierfür sind ein naturnaher Tourismus genauso wie Klimaschutzinvestitionen oder die regionale Produktion und Vermarktung von biologisch erzeugten Lebensmitteln.
Die Stadt und ihre Tochtergesellschaften sichern durch ihre Investitionen jedes Jahr Beschäftigung und Einkommen für viele Einwohner. Wir wollen, dass das auch so bleibt und möchten den Gesellschaften deshalb Entwicklungsmöglichkeiten geben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Funktion der Sparkasse Bielefeld als Kreditinstitut für den Bielefelder Mittelstand erhalten bleibt.

Projekt 8:
Neue Jobs für Bielefeld!

Wenn auf allen politischen Ebenen die Weichen auf Grün gestellt werden schaffen wir in Bielefeld 5000 neue Jobs. Im Bund wollen wir die Rahmenbedingungen setzen für Investitionen in Neue Energie, Gesundheit, Soziales und Bildung. In der Stadt wollen wir direkte Impulse zur Belebung der Wirtschaft setzen. Wir wollen den Containerbahnhof wiederbeleben, durch intelligentes Stadtmarketing den Tourismus voranbringen, den ökologischen Landbau stärken. Ein riesiges Potential sehen wir in der Sanierung städtischer und privater Gebäude. Das ist gut für die Wirtschaft und gut für's Klima!

Kommunale Beschäftigungspolitik
Im Interesse der BielefelderInnen ohne oder mit einer gering entlohnten Beschäftigung ist es notwendig, alle kommunalen Mittel zielgerichtet zu nutzen und sachgerechte arbeitsmarktpolitische Antworten zu finden.
Ein Kernelement ist dabei die Erhaltung der fachlichen, abschlussorientierten Qualifikationen für Arbeitslose insbesondere im ALG II-Bezug, um diesen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Für die Wahrnehmung der kommunalen Arbeitsmarktaufgaben halten wir die Zusammenarbeit zwischen der Agentur für Arbeit und der Stadt Bielefeld in der gemeinsamen „Arbeitplus in Bielefeld" grundsätzlich für den richtigen Weg. Bürokratisierung und strikte Vorgaben der Bundesebene – insbesondere durch die Bundesagentur für Arbeit – haben die selbständigen Handlungsmöglichkeiten der Arbeitsgemeinschaften jedoch stark eingeschränkt. Nur beispielhaft sei hier auf die im Rahmen der Beschäftigungsförderung nicht mehr angebotenen Sprachkurse verwiesen. Wir werden uns besonders dafür einsetzen, dass die Kommunen wieder zentralen Einfluss auf Maßnahmenplanung und Mit-

telvergabe erhalten. Dies muss bei der anstehenden Neuorganisation der Arbeitsgemein-schaften, die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts erforderlich geworden ist, unbedingt berücksichtigt werden. Der großen Koalition in Berlin ist es bislang nicht gelungen, eine solche Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaften herbeizuführen, worunter vor allem die HilfeempfängerInnen und die Beschäftigten der Arbeitsgemeinschaften zu leiden haben.
In Bielefeld gibt es eine gewachsene, differenzierte Struktur erfahrener Vereine und Gesellschaften, die gezielte Angebote für Training, Ausbildung und Beschäftigung anbieten können und erfolgreich gearbeitet haben. Wir werden auch unter den jetzigen Bedingungen alles daran setzen, diese Strukturen zu erhalten und nach Möglichkeit auszubauen.
Mit der städtischen Tochtergesellschaft REGE verfügen wir über ein Unternehmen mit langjährigen Kompetenzen in der Arbeitsmarktpolitik. Diese möchten wir auch weiterhin für Konzeptentwicklung und Koordinierungsaufgaben nutzen. Bei den kommunalen Programmen werden wir verstärkt Projektmittel einwerben müssen und dafür die Möglichkeiten und Kompetenzen unserer städtischen Tochtergesellschaft einsetzen.
Für langzeitarbeitslose Menschen, die den Anforderungen des Arbeitsmarkts nicht gewachsen sind, brauchen wir weiterhin öffentlich geförderte Beschäftigungsmöglichkeiten. Wir wollen alle Möglichkeiten zur Beschäftigung Langzeitarbeitsloser durch Ausschöpfung von Bundesmitteln (§16e SGB2) nutzen. Wir fordern, dass die Stadt gezielt Aufträge an lokale Arbeitsmarktprojekte vergibt. Damit erreichen wir, dass TeilnehmerInnen unter wirklichkeitsnahen Bedingungen arbeiten und schaffen zusätzliche Standbeine für die Träger.
Eines unserer wichtigsten Ziele ist es schließlich, Jugendlichen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu eröffnen. Eine qualifizierte Schulbildung ist dafür wesentliche Voraussetzung. Die Zusammenarbeit zwischen den Schulen und dem Bielefelder „Jugendhaus“ ist so zu verbessern, dass auch SchulabgängerInnen der Realschulen und Gymnasien (nach Jahrgang 10) die Unterstützungsleistungen des Jugendhauses in Anspruch nehmen können. Wir erwarten aber auch, dass die Bielefelder Betriebe ihrer Ausbildungsverpflichtung nachkommen.
Um insbesondere jungen Alleinerziehenden, betroffen sind hier vor allem alleinerziehende Mütter, Ausbildungschancen zu eröffnen, soll die Initiative für Teilzeitausbildungen wieder aufgegriffen werden. Ebenso sind die Möglichkeiten von Ausbildungsmodulen und theoriereduzierter Ausbildung mit den Kammern zu erörtern und die Einrichtung bei der Stadt und den städtischen Töchtern zu überprüfen.
Auch Menschen mit weniger als drei Stunden Arbeitsfähigkeit muss die Teilhabe an Arbeit ermöglicht werden. Hier werden wir uns weiter für realistische und sinnvolle Projekte einsetzen.

5. Solidarität und Soziale Gerechtigkeit

Die Rahmenbedingungen für die Sozialpolitik setzen Bund und Land, doch auch die Kommunen sind für das soziale Netz ihrer BürgerInnen verantwortlich. Wir können vor Ort nicht die Fehler der Sozialreformen mit den viel zu niedrigen Regelsätzen für Hartz IV-Berechtigte ausgleichen. Aber wir wollen alle kommunalen Möglichkeiten im Interesse der BürgerInnen nutzen, die Hilfe brauchen.

Solidarische Stadt

Wir setzen alle unsere Möglichkeiten dafür ein, dass soziale Schieflagen frühzeitig erkannt und vermieden werden. Doch der kommunale Einfluss auf die „Arbeitplus in Bielefeld", an der die Stadt Bielefeld zur Hälfte beteiligt ist, ist durch deren zentrale Steuerung begrenzt. Im Rahmen unseres Handlungsspielraums können und werden wir Verbesserungen ermöglichen. So ist es uns gelungen, durch die Formulierung von Ausnahmetatbeständen (etwa für ältere Menschen oder für Familien mit grundschulpflichtigen Kindern) Umzüge von Hartz IV-BezieherInnen weitestgehend zu vermeiden. Wir wollen weiterhin Quartiere und Wohngebiete, in denen Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen zusammen leben können.
Wir werden auch künftig alles unternehmen, um Menschen in Notlagen wirksam zu helfen. Hierzu sollen die kommunalen Ermessensspielräume im Interesse der Betroffenen genutzt werden. Die Ombudsstelle bei Arbeitplus soll bekannter gemacht und in ihren Kompetenzen gestärkt werden.

Energiesparen auch für Haushalte mit niedrigem Einkommen ermöglichen

Energiesparen lohnt sich, auch finanziell. Davon können auch Familien profitieren, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Durch unsere Initiative „Klimabonus" konnte erreicht werden, dass Hartz IV-Haushalte nach einer energetischen Sanierung – trotz dadurch gestiegener Kaltmiete – in ihren Wohnungen bleiben können. Wir unterstützen den Vorschlag der „Stiftung Solidarität", auch sozial schwachen Familien die Anschaffung von energieeffizienten Haushaltsgeräten zu ermöglichen. Darüber hinaus begrüßen wir das Vorhaben, nach dem Muster anderer Städte ein Projekt zu entwickeln, das Langzeitarbeitslose so qualifiziert, dass sie in einkommensschwachen Haushalten eine kostenlose Energieberatung durchführen.

Sozialticket einführen

Mobilität durch Nutzung des ÖPNV ist eine zentrale Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und die Jobsuche. Im Regelsatz für Hartz IV-Berechtigte ist ein Betrag von 15,70 Euro/Monat für Mobilität enthalten. Damit kann keine Monatsfahrkarte finanziert werden. Auch die preisreduzierten Fahr-

karten der Wohnungsgesellschaften und der „Stiftung Solidarität“ kosten derzeit noch wesentlich mehr. Wir halten es für notwendig, Bielefeld-Pass-Berechtigten eine Monatsfahrkarte, möglichst für 16 Euro, anzubieten. Dortmund, Köln und andere Städte machen uns vor, wie so etwas geht und finanziert werden kann.

Projekt 9
Sozialticket für Bielefeld

Bezieher von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe erhalten lediglich 15,70 Euro für die Nutzung von Bus und Bahn. Das ist der Betrag, der laut Regelsatz Menschen, die von Hartz IV leben müssen, zugesprochen wird. Dafür gibt es in Bielefeld noch nicht einmal eine ÖPNV -Wochenkarte. Diesen Weg wollen wir auch in Bielefeld gehen und für Menschen mit Bielefeld Pass eine deutlich verbilligte Monatskarte, einführen. Das wird zwar den städtischen Haushalt belasten, ist aber der einzige Weg, um auch Menschen, die in Armut leben müssen, die Teilnahme am öffentlichen Leben zu ermöglichen.

Soziales Netz erhalten

Trotz der Veränderung der Zuständigkeiten im Rahmen der Sozialreformen sind die städtischen Ausgaben im Sozialbereich weiter gestiegen. Dennoch konnten die Verträge mit den Anbietern sozialer Leistungen 2006 erneut verlängert werden. Damit stehen mehr als 13 Mio. Euro jährlich zur Verfügung, um die vielfältige soziale Infrastruktur in Bielefeld (mit-) zu finanzieren. Wir sind mit den Trägern im Gespräch, um die Angebote bis zur nächsten Verlängerung 2010 zielgerichtet und bedarfsorientiert weiterzuentwickeln. Dies gilt insbesondere für die hervorragende Arbeit im Präventions- und Beratungsbereich. Angesichts der Haushaltslage wird eine umfassende Ausweitung des Budgets in den nächsten Jahren nach derzeitigem Stand jedoch nicht möglich sein.

Soziale Stadtentwicklung

Auf Initiative der GRÜNEN gibt es seit 2006 einen jährlichen Bericht zu „Lebenslagen und sozialen Leistungen in Bielefeld“. Hierdurch werden den politisch Verantwortlichen aktuelle Daten zur Verfügung gestellt, die es erlauben, auf qualitative und quantitative Veränderungen rechtzeitig zu reagieren.
Wir werden in den kommenden Jahren verstärkt darauf achten, dass die sich aus den Berichten ergebenden Konsequenzen zeitnah umgesetzt werden. Hierzu sollen die existierenden Strukturen auf Angemessenheit und Wirksamkeit überprüft und

neue Instrumente (z.B. Quartiersmanagement) eingeführt werden. Die Kombination mit Programmen wie „Stadtumbau West“ (z.B. im Ostmann-Viertel und in Sennestadt) oder „Soziale Stadt“ (Sieker) hat sich als sinnvoll erwiesen und soll fortgesetzt werden. Dabei werden wir darauf achten, dass eine umfassende Beteiligung und ein Höchstmaß an Transparenz sicher gestellt werden.

In Bielefeld gesund leben

Die Gesundheit ist in hohem Maße durch unsere Lebensbedingungen beeinflusst. Menschen, die in Armut leben, sind besonders stark von Gesundheitsrisiken betroffen. Gesundheitspolitik ist dort relevant, wo es um Vorbeugung sowie um Beratungs- und Unterstützungsangebote geht. In Bielefeld sollen alle Bürgerinnen und Bürger die gleichen Chancen auf ein gesundes Lebensumfeld haben. Unser Ziel ist es, gesundheitsfördernde Ressourcen zu stärken und schädigenden Umwelteinflüssen entgegen zu wirken.

Das in der Kindheit erlernte Gesundheitsverhalten beeinflusst die Gesundheit ein Leben lang. Deshalb sind gesunde Ernährung, Bewegungsangebote und Maßnahmen zur Stärkung der Gesundheitskompetenz von Familien von zentraler Bedeutung. Dazu gehören leicht zugängliche Beratungs- und Unterstützungsangebote durch Sozial- und Gesundheitsdienste. Angebote zur Suchtprävention für Jugendliche und Maßnahmen zur Verhinderung von Vernachlässigung, Gewalt und Missbrauch sollen gestärkt werden.

Unser Ziel ist auch, die Gesundheit älterer Menschen zu fördern, um ihre Selbständigkeit und Teilhabe am sozialen Leben zu erhalten.

Wir setzen uns für einen Ausbau der Prävention und eine Orientierung der Angebote an den persönlichen Lebenslagen ein. Die schon im Rahmen des „Bielefelder Modells“ bestehenden Servicestützpunkte sollen für alle Menschen eines Quartiers geöffnet werden.

6. Gesellschaftliche Teilhabe für alle ermöglichen!

Wir stehen für eine optimale Kinderbetreuung und für vielfältige Angebote für Jugendliche. Die GRÜNEN befürworten eine Familienpolitik, die so bunt ist wie die heutigen Lebensformen, und eine moderne Frauenpolitik. Das Leben im Alter wandelt sich, deshalb muss sich auch Politik für ältere Menschen wandeln. Wir machen Politik für alle in Bielefeld.

Kinder in den Mittelpunkt

Der von uns initiierte Lebenslagenbericht hat ein erschreckendes Ausmaß an Kinderarmut in Bielefeld aufgezeigt. Die Erhöhung des Regelsatzes für Kinder aus Hartz IV-Haushalten ist überfällig. Auf uns geht die Initiative zurück, das Mittagessen in Kindertageseinrichtungen für Kinder aus Haushalten von Geringverdienern kostenfrei anzubieten. Immerhin wird das Essen aktuell durch die Stadt subventioniert und kann für einen Euro pro Mahlzeit angeboten werden.
Es ist uns wichtig, auch armen Kindern vielfältige sportliche und musische Teilhabe zu ermöglichen. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass Gesundheits-, Bewegungs- und Sportkurse für die Kinder von Arbeitslosen und Geringverdienern durch die Stadt mitfinanziert werden. Wir unterstützen den „Bielefelder Kinderfonds“, der sich die Förderung von Kindern aus ärmeren Haushalten zum Ziel gesetzt hat.

Bessere KiTas und mehr vorschulische Bildung

In den letzten Jahren hat sich in der Bielefelder Kinderpolitik soviel bewegt wie selten zuvor. In fast allen Stadtteilen gibt es ein bedarfsdeckendes Betreuungsangebot für 3- bis 6-Jährige. Auch im Bereich der Betreuung Unter-Dreijähriger hat Bielefeld deutlich zugelegt. Wir wissen aber: Die Betreuungsplätze für die ganz Kleinen reichen noch lange nicht aus. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass möglichst schnell ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen für Unter-Dreijährige geschaffen wird. Das alles ist trotz schwieriger Rahmenbedingungen gelungen. Die Landesregierung aus CDU und FDP hat bei den Zuschüssen zu den Elternbeiträgen allein in Bielefeld mehrere Millionen Euro gekürzt. Dennoch sind die Beiträge nicht erhöht worden, sondern in einigen Bereichen sogar deutlich gesunken. Wir halten an der Beitragsfreiheit als langfristigem Ziel fest.

Kinderbetreuung weiter verbessern

Kindertageseinrichtungen sollen verstärkt ihrem Bildungsauftrag nachkommen. Sie sollen Freude an Bildung vermitteln, den Grundstein für eine erfolgreiche Schullaufbahn legen und Lust auf Lernen machen. Kinder zu stärken, in der Gemeinschaft zu lernen und sich Freiräume zur Entfaltung zu verschaffen, ist der Auftrag zukunftsweisender Kindertageseinrichtungen.

Deshalb steht als nächster großer Schritt die qualitative Verbesserung der Bielefelder Kindertageseinrichtungen an. Wir haben die Bielefelder Qualitätsoffensive in Kindertagesstätten maßgeblich vorangebracht. Bielefelder KiTas mit innovativen Konzepten sollen künftig besonders gefördert werden, mit dem Ziel, diese Ideen in allen Einrichtungen nutzbar zu machen.

Projekt 10:
Flexiblere Öffnungszeiten in KiTas

Kindertageseinrichtungen müssen sich den Anforderungen der heutigen Arbeitswelt anpassen. Wir wollen in ausgewählten Einrichtungen Öffnungszeiten von 6.00 bis 22.00 Uhr gewährleisten. Dabei steht für uns jedoch das Kindeswohl an oberster Stelle. Wir wollen in einzelnen Einrichtungen einfache und flexible Möglichkeiten der Kurzzeitbetreuung.

Jugendpolitik: Mittendrin statt nur dabei

GRÜNE stehen für eine selbstbestimmte Jugendpolitik. Wir wollen deshalb nicht nur Angebote für Jugendliche innerhalb von Institutionen, sondern stärker als bisher auch selbstorganisierte Projekte fördern. Dieser Grundsatz liegt unserem Konzept für Kinder- und Jugendkulturarbeit zugrunde. Wir werden ihn in anderen Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit weiter entwickeln.
Die Vielfalt solcher Projekte zeigt: Kinder und Jugendliche wissen selbst am besten, was gut für sie ist. Deshalb muss Bielefeld sich endlich für ihre politische Beteiligung öffnen. Die anderen Parteien sperren sich dagegen, wo sie nur können – trotz vieler guter Beispiele aus anderen Städten und einigen gelungenen Einzelprojekten in Bielefelder Stadtteilen. Wir halten unsere Forderung aufrecht, regelmäßig themenspezifische Kinder- und Jugendforen abzuhalten. Deren Ausgestaltung muss auf jeden Fall darauf eingehen, welche Formen der Teilhabe die jungen BielefelderInnen bevorzugen.
Wir wollen den gerechten Zugang zu Bildungsangeboten gerade für Jugendliche gewährleisten. Dazu gehört insbesondere der Internetzugang, der für alle jungen Menschen kostenlos gegeben sein soll. Wir wollen nach dem Vorbild anderer Städte in Kooperation mit privaten Unterstützern ein freies, kabelloses W-LAN-Netz im Stadtbereich schaffen.

Die Stadt ist für alle da

Es gibt zu wenige nichtkommerzielle Plätze und Räume in der Stadt, um sich zu

treffen. Als GRÜNE wissen wir: Die Stadt gehört auch den Jungen, die sie aber anders nutzen als Ältere. Das Stadtbild wird sich durch die Alterung der Gesellschaft wandeln. Anlaufstellen für junge Menschen sind nicht nur Häuser der Offenen Tür oder Angebote der Mobilen Arbeit. Wir sehen auch die soziale Funktion von Kultur-, Freizeit- und Sportangeboten und wollen diese, wie in Kapitel 2 beschrieben, fördern.
Viele Jugendeinrichtungen sind sanierungsbedürftig. Wir sehen hier eine Zukunftsinvestition, die wir zeitnah tätigen wollen.

Familienpolitik
Die GRÜNEN sind die Wegbereiter eines modernen Familienbildes. In unserer Politik haben alle Lebensformen einen festen Platz. Wir haben die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu einem zentralen Thema der Gesellschaft gemacht und kommunal in den letzten Jahren viele Initiativen angestoßen, um sie zu ermöglichen.
Dabei sind kommunal vor allem Veränderungen der Kinderbetreuung gefragt. Wir brauchen innovative Formen, die sich durch Betriebsnähe, Flexibilität der Öffnungszeiten und auch kurzzeitige Betreuungsangebote auszeichnen. Wir werden für Arbeitgeber Anreize schaffen, ihre Betriebe familiengerecht weiterzuentwickeln. Familie ist aber nicht nur da, wo Kinder sind. In einer Gesellschaft, die immer älter wird, übernehmen immer mehr Menschen die Pflege älterer Angehöriger. Familienpolitik muss auch hierauf Rücksicht nehmen und zu deren Unterstützung ehrenamtliche Netzwerkstrukturen ausbauen.

Kinder besser schützen – Eltern besser unterstützen
Tragische Fälle von Vernachlässigungen und Misshandlungen von Kindern sind nur die Spitze des Eisberges. Obwohl das Land die Rahmenbedingungen setzen muss, darf Kinderschutz in unserer Stadt keinesfalls unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Das Personal im Jugendamt wurde in den letzten Jahren deutlich aufgestockt. Die Verwaltung hat das Schutzkonzept „Kinderschutz durch Prävention“ erarbeitet, das wir grundsätzlich unterstützen. Für uns ist es wichtig, alle Akteure dafür zu vernetzen. Kommunikations- und Rückmeldestrukturen sind auszubauen. Allein auf Prävention zu setzen, ist jedoch nicht ausreichend. In vielen anderen Ländern und Kommunen hat es sich bewährt, junge Eltern nach der Geburt ihrer Kinder zu besuchen, und ihnen unterstützende Angebote zu machen. Wir wollen dafür die nötigen Ressourcen bereitstellen. Diese Besuche funktionieren aber nur, wenn alle Eltern rechtzeitig erreicht und etwaige Problemgruppen sich dadurch nicht stigmatisiert fühlen.

Altenpolitik

Auch Bielefeld wird älter. Die jetzt älter werdende Generation stellt sich von ihren Interessen und Wünschen sehr unterschiedlich dar. Sie bringt ein hohes Maß an Kompetenzen und Fähigkeiten mit. Der Ausbau von Eigeninitiative und Selbstorganisation liegt uns besonders am Herzen. Wir möchten in jedem Stadtteil Netzwerke anstoßen und unterstützen, die den Kontakt untereinander fördern, Freundschaften aufbauen und dazu beitragen, die Freizeitgestaltung in die eigene Hand zu nehmen. Das ist für uns der richtige Weg, Vereinsamung vorzubeugen und gegenseitige Unterstützung zu gewährleisten. Der bereits begonnene Ansatz, besonders innovative Projekte auch finanziell zu fördern, ist weiter zu entwickeln.

Zukunftsfähige Wohn- und Freizeit-Angebote für ältere BielefelderInnen müssen der Vielfalt der „neuen Alten" entsprechen. Die Bielefelder Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften bieten bereits eine Vielzahl unterschiedlicher, bedarfsorientierter Wohnformen an, die es abzusichern und weiter zu entwickeln gilt.

Hier müssen in Zukunft insbesondere die Wünsche von Migrantinnen und Migranten berücksichtigt werden.

Für den Austausch der Generationen untereinander streben wir an, dass es für möglichst viele Schulen und KiTas „Generationenprojekte" gibt. Dafür soll von der Stadt eine Kontaktbörse eingerichtet werden.

Ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Seniorenpolitik ist der direkt gewählte Seniorenrat. Er arbeitet konstruktiv und mit großem Engagement und hat zahlreiche wichtige Initiativen auf den Weg gebracht. Wir setzen uns für eine Stärkung der Rechte des Seniorenrats ein.

Vision: Altsein in Bielefeld im Jahr 2015

Altsein in Bielefeld heißt:

- Lange in der eigenen Wohnung bleiben zu können, da in Bielefeld viele unterschiedliche Wohnformen mit individuellen Betreuungsmöglichkeiten angeboten werden.
- Sich regelmäßig mit Gleichaltrigen zum Klönen und gemeinsamen Essen treffen.
- Sich zum Mittagessen im Pflegeheim oder der Kita (ganz zur Freude der Kinder) um die Ecke anmelden können.
- Mit jungen Familien, die verstärkt in die alten Siedlungen ziehen, in enger Nachbarschaft leben. Denn junge Familien bekommen von der Stadt als Anreiz einen Mietzuschuss und können die Gärten nutzen, die einige ältere Nachbarn zur Verfügung stellen.

- Sich als „Ersatzoma“ bewerben zu können, was für viele Ältere interessant ist, deren eigene Enkel nicht in ihrer Nähe wohnen. Als Gegenleistung fürs Babysitten bieten die Eltern kostenlose Auto-Mitfahrten an oder erledigen den Einkauf.
- Jederzeit Zugriff auf ein Auto zu haben, da es ein Netz von wohnortnahen Mietwagenstationen gibt und Fahrräder mit Elektromotor die Mobilität erhalten.
- Regelmäßig über die unterschiedlichen Angebote für Ältere durch Mitarbeiter/innen der Sozialverwaltung informiert zu werden.
- Regelmäßig Quartierstreffs für alle Generationen und Kulturen besuchen zu können. In den Treffs werden Feste und Ausflüge organisiert, die Nachbarschaftshilfe koordiniert und neue Freundschaften geschlossen.
- Am virtuellen Leben auch ohne eigenen PC teilhaben zu können. Denn im Treff gibt es Computerarbeitsplätze mit Internetzugang. Die Wartung dieser PCs übernehmen SchülerInnen der Stadtteilschule im Rahmen ihrer Informatikkurse.

Mobilität für alle

Mobilität ist die Voraussetzung für eine Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Deshalb wollen wir erreichen, dass möglichst alle barrierefrei und bezahlbar von Punkt A nach Punkt B kommen können. Mit moBiel haben wir dafür einen leistungsfähigen, kundenorientierten Partner. Wir setzen uns für einen barrierefreien Ausbau aller Bus- und Bahnhaltestellen ein, die den Öffentlichen Personennahverkehr für jung und alt, Menschen mit Kinderwagen, aber auch für körperlich eingeschränkte Personen attraktiv macht. Wir haben das Freizeitticket für Kinder und Jugendliche angestoßen und wollen für Bielefeld-Pass-Berechtigte ein bezahlbares Sozialticket.

Viele Menschen nutzen bereits „Car Sharing“. Dieses zeitweise Teilen von PKW ist im Interesse unserer kommunalen Klimaschutzaktivitäten. Wir wollen bessere Bedingungen für „Car Sharing“-Angebote schaffen, es durch gezielte Werbung bekannter machen und in den Stadtteilen dafür sorgen, dass günstig gelegene öffentliche Stellplätze für „Car Sharing“ zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen erreichen, dass die städtischen Dienststellen „Car Sharing” stärker nutzen.

Mindestens die Hälfte für Frauen

Immer noch sind Frauen in den meisten gesellschaftlichen Bereichen unterrepräsentiert. Das trifft auch auf die Kommunalpolitik und die Stadtverwaltung zu. Die

GRÜNEN sind nach wie vor die einzige Partei, die es mit der Geschlechtergerechtigkeit ernst meint und mindestens jeden zweiten Platz auf Wahllisten mit einer Frau besetzt. Wir fordern, dass Bielefeld in der nächsten Ratsperiode von einer Frau repräsentiert wird!
Trotz aller Bemühungen sind Frauen in Führungsfunktionen der Stadtverwaltung immer noch viel zu selten zu finden. Wir wollen, dass die Personalentwicklung auf mehr Frauen in Führungsfunktionen hinsteuert. Nach dem Wegfall der Kontaktstellen „Frau und Beruf" fordern wir ein angemessenes Ersatzangebot.
Nach wie vor brauchen Frauen und Mädchen – auch und besonders solche mit Migrationshintergrund – eine funktionierende und angemessene Infrastruktur. Wir setzen uns dafür ein, die existierenden Beratungsstellen, Betreuungseinrichtungen und Freizeitangebote zu erhalten und nach Möglichkeit auszubauen. Besonders den Problemen und Bedürfnissen der Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund soll durch spezielle Angebote Rechnung getragen werden.

Integration als zentrale Aufgabe

Bereits jeder vierte Einwohner in Bielefeld besitzt einen Migrationshintergrund. Menschen aus mehr als 120 Nationen sind selbstverständlicher Teil unseres Alltags, obwohl sie längst noch nicht die gleichen Rechte und gleichen Chancen haben. Die Städte und Gemeinden sind Orte, in denen Integration stattfindet. Wir begrüßen deshalb die Einrichtung des städtischen Amtes für Integration und interkulturelle Angelegenheiten durch den Oberbürgermeister. Doch nun müssen auch konkrete und spürbare Taten folgen. Wir fordern eine schnelle Erarbeitung und Umsetzung des Integrationskonzepts, eine verstärkte Einstellung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund bei der Stadt und ihren Tochtergesellschaften sowie die Öffnung aller Verwaltungsbereiche für MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund.
Das Zusammenleben vor Ort wollen wir durch quartiersbezogene Projekte und Stadtteilkonferenzen verbessern. Zum Zusammenleben von Menschen verschiedener Weltanschauungen, Kulturen und Religionen gehört auch Begegnung und gegenseitiger Respekt. Auch in Bielefeld muss es möglich sein, Moscheen mit Minaretten zu errichten!
Die Kompetenzen des Migrationsrates wollen wir stärken durch ein eigenständiges Antrags- und Budgetrecht. Wir setzen uns für die Einrichtung eines Ausschusses für Integration ein.

Menschen mit Behinderung gehören dazu

Wir möchten Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen die gleichen Zugänge ermöglichen wie allen anderen Menschen auch. Der gemeinsame Kindergartenbesuch gehört so selbstverständlich dazu wie der gemeinsame Schulbesuch. Plätze

für unter dreijährige Kinder sind bisher nicht vorhanden. Die neuen Fördermöglichkeiten möchten wir schnellstens nutzen und eine ausreichende Platzzahl für behinderte Kinder unter drei Jahren schaffen. Auch im Kindergartenbereich setzen wir uns für einen bedarfsge-rechten Ausbau ein.
Bielefeld als Sitz der beiden größten diakonischen Träger Europas und einer Vielzahl an behindertenspezifischen Einrichtungen und Diensten kann auf lange fachliche Tradition in der Behindertenhilfe und Sozialpsychiatrie zurückblicken. Die bestehende Infrastruktur und die Hilfesysteme der Behindertenhilfe und Sozialpsychiatrie sind differenziert und fachlich aufeinander abgestimmt.
Der Abbau von stationären Plätzen ist ein wichtiger Schritt zu mehr Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung. Wir unterstützen die Entwicklung „ambulant vor stationär". Wir wollen verstärkt Nachbarschaften und Quartiersmodelle einrichten, die eine Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Dazu ist aus unserer Sicht eine gemeinsame Planung von Kommune und Trägern notwendig.
Durch den medizinischen Fortschritt ist die Lebenserwartung von Menschen mit Behinderung glücklicherweise deutlich gestiegen. Dies erzeugt aber in der Regel auch einen Mehrbedarf an Betreuung. Daneben nimmt die Anzahl von Menschen mit psychischen und seelischen Behinderungen stetig zu. Die Kommune muss Konzepte entwickeln, die ein selbstbestimmtes Leben dieser Menschen ermöglichen.

7. Zukunft durch Bildung

Bildung ist der Schlüssel für Chancengerechtigkeit. Wir verstehen Lernen als lebenslangen Prozess, dessen Rahmenbedingungen vor Ort gestaltet werden. Wir setzen uns für Kindertageseinrichtungen ein, die unserem Bildungsanspruch genügen, und für Schulen, die trotz ungünstiger Rahmenbedingungen des Landes ihre SchülerInnen auf die Herausforderungen des Lebens vorbereiten. Wir fordern eine bessere berufliche Bildung, zukunftsfähige Hochschulen und die gute Ausgestaltung weiterer Lernräume wie der Stadtbibliothek und der Volkshochschule.

Kommunen über Schulangebote selbst entscheiden lassen
Die Stadt Bielefeld hat große Erfolge hinsichtlich der Sanierung von Schulen erreicht. Das Programm für den räumlichen Ausbau von Schulen zu Ganztagsschulen in der Sekundarstufe läuft an. Aber unser vielgliedriges Schulsystem zementiert nicht nur die Koppelung des Schulerfolgs an die soziale Herkunft, es engt auch den Handlungsspielraum der Kommunen bei der Bewältigung vieler Probleme stark ein. Deshalb fordern wir vom Land NRW mehr Eigenständigkeit der Kommunen hinsichtlich der inneren Schulangelegenheiten.

Länger gemeinsam lernen
Längeres gemeinsames Lernen nützt allen Kindern und Jugendlichen. In Bielefeld besuchen viel zu viele Kinder Förderschulen. Gerade Jungen mit Migrationshintergrund werden häufig schon vor der Grundschule aussortiert und an eine Förderschule überwiesen. Wir wollen den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Förderbedarf an der Grundschule und an allen weiterführenden Schulen ausbauen. Unser Ziel ist „Eine Schule für alle“ bis zum Ende der Sekundarstufe I, an die sich eine gymnasiale Oberstufe oder eine berufsbildende Oberstufe anschließt. Die Sortierung nach der vierten Klasse ist viel zu früh, denn niemand kann in diesem Alter voraussehen, wie ein Kind sich in der Schule entwickeln wird. Deshalb unterstützen wir alle Initiativen, die darauf abzielen, Bildungsgänge zusammenzuführen und das längere gemeinsame Lernen aller Kinder zu ermöglichen.

Kurze Wege für kurze Beine!
Die Zahl der Kinder, die in den nächsten Jahren Grundschulen besuchen, nimmt kontinuierlich ab. Wir sehen in der Weiterentwicklung der Offenen Ganztagsgrundschule (OGS) zur gebundenen Ganztagsschule mit gemeinsamen Unterricht für behinderte und nicht behinderte Kinder nicht nur die Chance, den Schulalltag nach pädagogischen Gesichtspunkten neu zu gestalten, sondern auch einen Weg, möglichst alle wohnortnahen Grundschulen zu erhalten.

Ganztag für alle – Schule ist mehr als ein Lernort

Wir setzen auf den Ausbau der Ganztagsschulen. In der Ganztagsschule gibt es mehr Zeit und Raum für individuelle Förderung und für eine Entzerrung des Schulalltags, die erfolgreiches Lernen befördert. Die Zusammenarbeit mit Trägern der Jugendhilfe hat die Grundschulen verändert und zu Lebensorten werden lassen, wo Kinder Anregungen und Hilfen erhalten. Diese Zusammenarbeit wollen wir erhalten und die Angebote qualitativ verbessern. Es ist unverständlich, dass der Ausbau der weiterführenden Schulen zu Ganztagsschulen ohne Elternbeiträge erfolgt, die Eltern jüngerer Kinder aber Elternbeiträge zahlen müssen. Deshalb setzen wir uns für die gebundene Ganztagsgrundschule ohne Elternbeiträge ein!

In den kommenden Jahren wird ein Schwerpunkt auf dem Ausbau der weiterführenden Schulen zu Ganztagsschulen liegen. Dies ist längst überfällig. Durch die Schulzeitverkürzung an den Gymnasien wurde der Ganztag faktisch durch die Hintertüre eingeführt, denn selbst Schülerinnen und Schüler der unteren Klassen haben bis in den Nachmittag hinein Unterricht. Wir unterstützen den Ganztagsausbau an den weiterführenden Schulen und wollen ihn perspektivisch in allen Schulen ermöglichen. Dazu gehört eine Schul-mahlzeit, von der kein Kind aus finanziellen Gründen ausgeschlossen sein darf. Dies muss die Stadt gewährleisten.

Schulentwicklungsplanung

Auch wenn die Anzahl der SchülerInnen in den Grundschulen abnimmt: Durch die Einführung des Ganztags wird mehr und nicht weniger Schulraum benötigt. Im Bereich der Sekundarstufe I hat sich das Wahlverhalten stark verändert. Die Hauptschule wird von immer weniger Eltern für ihre Kinder gewählt. Deshalb wurde die Hauptschule Sieker 2009 geschlossen. Weitere Hauptschulen könnten folgen. Die frei werdenden Gebäude dieser Schulen bieten aber häufig zu wenig Raum, um darin eine Stadtteilschule einzurichten. Deshalb wollen wir überall dort, wo in enger räumlicher Nachbarschaft Hauptschulen und Realschulen liegen, Stadtteilschulen einrichten, die alle Schulabschlüsse der Sekundarstufe I ermöglichen und eine große Durchlässigkeit hinsichtlich des Bildungsgangs für die Schülerinnen und Schüler erlauben. Wir wollen eine Stadtteilschule in Jöllenbeck oder im Bielefelder Süden einrichten.

Es ist ein Skandal, dass die Landesregierung trotz großer Nachfrage keine weiteren Gesamtschulen mit einer gymnasialen Oberstufe und mit Ganztag genehmigt. Wir wollen am Schulzentrum in Brackwede durch Zusammenlegen der Realschule und des Gymnasiums eine weitere Gesamtschule in Bielefeld anbieten. Dort könnten dann auch die Schülerinnen und Schüler, die heute noch die Brackweder Hauptschule besuchen, in einer „Schule für alle" eine bessere Förderung und Akzeptanz erfahren.

Projekt 11:
Alle Schulabschlüsse vor Ort: Stadtteilschule Jöllenbeck

Der Stadtteil Jöllenbeck hat eine Haupt- und Realschule. Viele Kinder nehmen lange Schulwege auf sich, um eine Gesamtschule oder ein Gymnasium zu besuchen. Wir wollen, dass künftig alle Jöllenbecker Kinder zusammen eine wohnortnahe Schule besuchen können, Länger gemeinsam lernen– wir lassen die Schule und unsere Kinder im Ort

Stadtteilschule Jöllenbeck.

Wir fördern alle Kinder individuell. Die Stadtteilschule Jöllenbeck ist eine Ganztagsschule der Sekundarstufe I. Hier können alle Schulabschlüsse der Sekundarstufe I erworben werden. Wir arbeiten intensiv mit den örtlichen Betrieben und Institutionen zusammen.

Kinder mit Migrationshintergrund haben immer noch schlechtere Bildungschancen als andere Kinder. Diese Ungerechtigkeit wollen wir überwinden. Zweisprachigkeit muss durchgängig gefördert werden. Solche Angebote können dazu beitragen, die Begabungen von Kindern mit – zum Beispiel – türkischer oder russischer Muttersprache besser zum Vorteil der gesamten Gesellschaft zu nutzen.

Berufliche Bildung

Mit dem Programm „JiB & Job“ haben wir den Übergang von Schule zu Beruf zwar verbessert, dennoch finden immer noch nicht alle Jugendlichen nach der Schule einen Ausbildungsplatz. Die Angebote für nicht ausreichend qualifizierte Jugendliche im Berufsgrundschuljahr oder im Berufsvorbereitungsjahr werden vielfach als „Warteschleifen“ beschrieben. Da sie nur in Ausnahmefällen zum Erfolg führen, entsprechen diese Angebote offensichtlich nicht den Bedürfnissen der Jugendlichen. Produktionsschulen, die die praktischen Fähigkeiten der Jugendlichen besser nutzen und fördern, sind notwendig, um hier Verbesserungen zu erreichen.

In der beruflichen Bildung hat sich ein kontinuierlicher Wandel vollzogen. Nur noch jeder zweite Jugendliche wird im Betrieb ausgebildet, alle anderen Azubis besuchen überbetriebliche Bildungseinrichtungen oder erlernen in vollschulischen Ausbildungsgängen an den Kollegs einen Beruf.
In Beruflichen Gymnasien richten die Berufskollegs zunehmend Bildungsgänge in der gymnasialen Oberstufe ein, um Jugendlichen mit Qualifikationsvermerk nach der zehnten Klasse in einer berufsorientierten Oberstufe das Abitur oder die Fachhochschulreife zu ermöglichen. Wir wollen die Berufskollegs auf diesem Weg unterstützen, wenn sich damit zusätzliche Chancen ergeben für Jugendliche, die an Hauptschulen und Realschulen oder später an Stadt-teilschulen den Q-Vermerk erwerben.

Beste Bedingungen für den Hochschulstandort Bielefeld

Die sieben Hochschulen locken jedes Jahr viele tausend junge Menschen nach Bielefeld. Sie schaffen Arbeitsplätze und fördern innovative Prozesse. GRÜNE Kommunalpolitik will deshalb dazu beitragen, für Studierende und Beschäftigte optimale Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.
Dies hat Auswirkungen für viele Bereiche. Es muss in Bielefeld ausreichend bezahlbaren und für Studierende und akademisches Personal attraktiven Wohnraum geben. Wir berücksichtigen dies in unserer Stadtentwicklungspolitik. Wir fordern eine studierendengerechte Verkehrsinfrastruktur, also ausreichenden und kostengünstigen öffentlichen Nahverkehr im gesamten Stadtgebiet. Darüber hinaus wollen wir Studierenden Anreize geben, dauerhaft in Bielefeld zu leben. Wir wollen positive Angebote schaffen, damit Studierende sich für Bielefeld als ersten Wohnsitz entscheiden, um damit die Zweitwohnungssteuer überflüssig zu machen. Wir wollen die Möglichkeiten für (angehende) Akademikerinnen und Akademiker verbessern, eine Familie zu gründen. Wir wollen auch als Stadt bei der Weiterentwicklung der familiengerechten Hochschule mitwirken. Es gilt, die Betreuungsstrukturen auszubauen, die speziell auf die Bedürfnisse von Studierenden und Beschäftigten der Hochschulen zugeschnitten sind. Dies sind insbesondere flexible Betreuungs- und Öffnungszeiten, aber auch Kapazitäten in unmittelbarer, räumlicher Nähe zu den Hochschulen. Wir möchten aber auch ehrenamtliche Betreuungsnetzwerke von Hochschulangehörigen fördern.
Zu optimalen Studienbedingungen gehört es, Zugangshürden zum Studium gering zu halten. Auch wenn die Kommune über Studiengebühren nicht entscheidet, werden wir uns im Rahmen der positiven Zusammenarbeit der Stadt mit den Bielefelder Hochschulen dafür einsetzen, dass die Studiengebühren zeitnah zurückgenommen werden.
Hochschulen brauchen auch räumliche Kapazitäten. Nach langer kontroverser Diskussion und inhaltlicher Abwägung haben sich die GRÜNEN entschieden, die

Erweiterung des Hochschulcampus und die Ansiedlung der Fachhochschule Bielefeld auf der „Langen Lage“ zu unterstützen. Im weiteren Verfahren werden wir jedoch darauf achten, dass eine anwohner- und umweltverträgliche Verkehrsanbindung erfolgt und eine optimale fußläufige Verbindung zwischen der Uni und der neuen Fachhochschule geschaffen wird. Die umliegende Kulturlandschaft mit ihren schützenswerten Sieken ist auf Dauer von Bebauung frei zu halten. Für die freiwerdenden innerstädtischen Fachhochschulflächen soll bereits im Vorfeld ein städtebaulich sinnvolles Nutzungskonzept erarbeitet werden.

Lebenslanges Lernen

Einrichtungen, die es ermöglichen, im zweiten Bildungsweg Schulabschlüsse nachzuholen oder höhere Abschlüsse zu erwerben, wollen wir erhalten. Unser Anspruch ist es, gute Möglichkeiten für alle Bielefelderinnen und Bielefelder zu schaffen, sich lebenslang weiterzubilden. Solche Gelegenheiten bieten sich in den Museen, der Stadtbibliothek und in der Volkshochschule. Wir unterstützen die Einrichtungen darin, ihre Angebote für eine breite Zielgruppe bedarfsgerecht weiter zu entwickeln und einem größeren Publikum zu öffnen.

8. Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung

Mehr Öffentlichkeit und Transparenz

Der Rat macht Politik im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger und für sie. Deshalb müssen Entscheidungen transparent und öffentlich sein. Die Gemeindeordnung schreibt ausdrücklich Öffentlichkeit vor. Nichtöffentliche Entscheidungen müssen die Ausnahme und besonders begründet sein. Politische Diskussionen gehören in die öffentlichen Ausschüsse. Viele Entscheidungen werden in Bielefeld in Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen getroffen, wie zum Beispiel bei den Stadtwerken, bei moBiel, den städtischen Kliniken oder der Stadthallen BetriebsGmbH. Wir fordern, dass die Aufsichtsräte dieser Unternehmen öffentlich tagen.

Bürgerbeteiligung ausbauen

Die notwendigen Veränderungen unserer Stadt können nur mit größtmöglicher Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern vorbereitet und umgesetzt werden. Deshalb müssen wir die Menschen früher und stärker als bisher in die Entscheidungsfindung einbeziehen. Wo dies möglich ist, sollen Entscheidungen an die BürgerInnen delegiert werden.

Runde Tische sind nach unserer Erfahrung als Instrument der Bürgerbeteiligung nicht geeignet. Zu oft – wie am Runden Tisch Detmolder Straße – mussten Menschen, die sich mit viel Engagement eingebracht haben, die Erfahrung machen, dass der Rat ihren Empfehlungen nicht gefolgt ist. Das führt zu Politikverdrossenheit und Demotivation. Deshalb wollen wir Möglichkeiten ausbauen, mit denen Bürgerinnen und Bürger selbst über ihre Belange entscheiden. Die Gemeindeordnung sieht das Instrument eines vom Rat initiierten Bürgerentscheids vor. Diese Möglichkeit wollen wir künftig bei Stadtentwicklungsmaßnahmen von großer Tragweite nutzen.

Kommunales Wahlrecht für alle

Wir sind für das kommunale Wahlrecht aller in Bielefeld seit mehr als sechs Monaten lebenden Menschen, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Dieses Ziel lässt sich jedoch nur durch Änderung des Kommunalwahlrechts auf Landesebene erreichen. Dafür werden wir uns weiterhin einsetzen. Solange nur BürgerInnen aus der EU bei der Kommunalwahl teilnehmen dürfen, haben alle übrigen Menschen mit fremdem Pass nur die Möglichkeit, ihre Interessen im Migrationsrat zu vertreten. Die Öffentlichkeit soll auch durch beratende Mitgliedschaft in Ausschüssen stärker beteiligt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass zum Beispiel der Schulausschuss um einen Schülervertreter und einen Vertreter der Elternschaft als beratende Mitglieder erweitert wird.

Bürgerhaushalt ermöglichen
Die städtischen Finanzen sind für viele Menschen ein Buch mit sieben Siegeln. Um mehr Transparenz herzustellen und Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen, gibt es bereits in vielen Kommunen „Bürgerhaushalte". Wir setzen uns dafür ein, dass auch in Bielefeld dieses Instrument endlich eingeführt und praktiziert wird.

Projekt 12:
Mehr Transparenz durch Bürgerhaushalt

In mehr als 50 europäischen Städten haben sich Bürgerhaushalte als Beteiligungsmöglichkeit für die Einwohner/innen bei Finanzfragen bewährt. Wir möchten mit diesem Instrument auch in Bielefeld die Ideen und Vorschläge der Bürger/innen nutzen, Partizipation und das demokratische Engagement stärken. Unser Ziel ist es, in den nächsten zwei Jahren einen Ratsbeschluss für einen Bürgerhaushalt in Bielefeld zu erreichen.

Ehrenamtliches Engagement stärken
Ohne ehrenamtliches Engagement wäre in unserer Stadt vieles nicht möglich. Das soziale Netzwerk, das kulturelle Leben, der Sport, der Naturschutz, die Nachbarschaftshilfe oder die Feuerwehr all dies lebt von den vielen ehrenamtlich Tätigen.
Seit fünf Jahren werden die Stadtteilbibliotheken Dornberg, Jöllenbeck, Heepen und Baumheide durch Ehrenamtliche geführt. Sie haben die Angebote der Bibliotheken durch kulturelle Veranstaltungen und Möglichkeiten der Begegnung erweitert. Das Engagement wurde durch die Menschen im Stadtteil belohnt, die Stadtteilbibliotheken haben wieder einen erfreulich großen Zulauf.
Wir wollen alle Menschen unterstützen, die sich engagieren oder in Zukunft engagieren wollen. Wir freuen uns, dass sich in Bielefeld eine Anerkennungskultur für diese für das Gemeinwohl so wichtige Arbeit entwickelt. Die „Engagement-Card" ist ein erster Schritt dazu. Der Kulturpreis der Stadt wird nach fast 20 Jahren Unterbrechung wieder vergeben. Auch mit dem Umweltpreis werden Ehrenamtliche regelmäßig geehrt. Mit der Einführung der „Ehrennadel der Stadt Bielefeld" haben wir eine weitere Möglichkeit zur Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements geschaffen. Wir werden dafür sorgen, dass Engagement noch stärker als bisher gefördert wird.

Kommunale Daseinsvorsorge sichern!

Immer wieder wird über die Privatisierung öffentlicher Aufgaben diskutiert. Grüne Politik ist grundsätzlich privatisierungskritisch, besonders wenn es um Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge geht. Die Erfahrung hat uns jedoch gezeigt, dass in Einzelfällen auch die Zusammenarbeit mit Privaten sinnvoll sein kann.

Die Stadt Bielefeld profitiert von einer Vielzahl eigener Betriebe und privatwirtschaftlicher Tochterunternehmen. Wir wollen diese Struktur erhalten, weil sie für die Zukunft von strategischer Bedeutung sind. Wenn sich ein Rückkauf der Stadtwerke-Anteile von den Stadtwerken Bremen AG als wirtschaftlich vertretbar erweist, setzen wir uns dafür ein, diesen schnellstmöglich zu vollziehen. Der Umweltbetrieb sorgt seit Jahren für gute Dienstleistungen bei stabilen Gebühren. Wir wollen seine Leistungsfähigkeit erhalten und dafür sorgen, dass er an den Erträgen seiner Arbeit angemessen beteiligt wird. moBiel hat mit seinem Konzept 2030 gezeigt, dass auch ein kommunaler Betrieb Kreativität beweisen kann.

Wir lehnen unwirtschaftliche Privatisierungen – wie etwa im Reinigungsbereich – ab. Wir setzen insgesamt auf eine gezielte und planvolle Personalentwicklung, damit auch weiterhin qualifiziertes Personal die Aufgaben der Stadtverwaltung erfüllen kann.

Global denken, lokal handeln

Verantwortung in der globalisierten Welt zu übernehmen, ist eine Aufgabe, der wir uns alle gemeinsam stellen müssen. Als Kommune hat sich Bielefeld – auf GRÜNE Initiative hin – verpflichtet, beim Einkauf auf fair gehandelte Produkte zu achten, zum Schutz des Regenwaldes beizutragen, keine Erzeugnisse aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu verwenden und sich für die Erreichung der Welt-Entwicklungsziele bis 2015 zu engagieren. Wir GRÜNE werden auch weiterhin darauf achten, dass diese Selbstverpflichtungen keine Worthülsen bleiben, sondern Leitlinien städtischen Handelns. Die lebendigen Kontakte mit den Partnerstädten in Europa, Israel und Nicaragua werden vom ehrenamtlichen Engagement vieler Menschen in Bielefeld getragen.

Wir setzen uns dafür ein, das Welthaus Bielefeld auch weiterhin durch die Stadt zu fördern. Es ist der wichtigste Partner der kommunalen EineWelt-Arbeit. Hier wird – neben der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen und der Koordination der Städtepartnerschaft mit Estelí – wichtige Arbeit für ein bunteres Bielefeld geleistet und den vielen ehrenamtlichen Gruppen, die sich in zahlreichen Entwicklungsprojekten für mehr Gerechtigkeit weltweit engagieren, ein Dach geboten.

Redaktionelle Anmerkung:
Zugunsten der besseren Lesbarkeit haben wir an manchen Stellen auf das Binnen-I verzichtet.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Bielefeld

www.gruene-bielefeld.de